Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4110**

16. Wahlperiode 19. 01. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dorothee Menzner, Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/3801 –

Börsengang der Deutsche Bahn AG stoppen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, alle Schritte zu unterlassen, die zur Privatisierung der Deutsche Bahn AG (DB AG) führen; die Voraussetzungen dafür zu prüfen, wie sämtliche Teile des DB-Konzerns, die zur Infrastruktur der Bundesschienenwege zählen, kurzfristig aus der DB AG auszugliedern sowie als eigenständiges Infrastrukturunternehmen zusammenzufassen sind und ob dieses eigenständige Unternehmen dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung direkt unterstellt werden kann; bei einer Neuorganisation der Eisenbahninfrastruktur neben den technisch-materiellen Bereichen auch andere Aufgabenfelder zu berücksichtigen, beispielsweise die Bauprojektierung, das Fahrplan- und Kursbuchwesen, die Konzern-Arbeitsvermittlung, außerdem das Verwalten, Instandhalten und Vermarkten sowohl der Trassen als auch der Liegenschaften und Anlagen; bei einer Aus- und Neugliederung der Eisenbahninfrastruktur des Bundes die Voraussetzungen dafür zu prüfen, ob ein eigenständiges Infrastrukturunternehmen die Liegenschaften und Immobilien, über die derzeit die DB AG verfügt, die Bundesgelder für den Aus- und Neubau der Bundesschienenwege, den Erlös aus der Nutzung der Bundesschienenwege (Trassengelder) und den Erlös aus Veräußerungen von Unternehmensteilen der DB AG im Ausland, vereinnahmen und bilanzieren kann, damit den etwa 15 Mrd. Euro Schulden, die dieses Unternehmen unter Umständen von der DB AG übernehmen muss, Vermögenswerte und Einnahmen gegenüberstehen; die Voraussetzungen dafür zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit den Ländern bestimmte Fernzüge des Personenverkehrs gegen Entgelt bestellt werden können und wie mit dem Schienengüterverkehrsunternehmen DB-Railion als Vorreiter der rapide steigende Transportbedarf stärker nach ökologischen Gesichtspunkten ausgerichtet werden kann.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/3801 abzulehnen.

Berlin, den 17. Januar 2007

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold	**Enak Ferlemann**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Enak Ferlemann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/3801** in seiner 73. Sitzung am 14. Dezember 2006 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, alle Schritte zu unterlassen, die zur Privatisierung der Deutsche Bahn AG (DB AG) führen; die Voraussetzungen dafür zu prüfen, wie sämtliche Teile des DB-Konzerns, die zur Infrastruktur der Bundesschienenwege zählen, kurzfristig aus der DB AG auszugliedern sowie als eigenständiges Infrastrukturunternehmen zusammenzufassen sind und ob dieses eigenständige Unternehmen dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung direkt unterstellt werden kann; bei einer Neuorganisation der Eisenbahninfrastruktur neben den technisch-materiellen Bereichen auch andere Aufgabenfelder zu berücksichtigen, beispielsweise die Bauprojektierung, das Fahrplan- und Kursbuchwesen, die Konzern-Arbeitsvermittlung, außerdem das Verwalten, Instandhalten und Vermarkten sowohl der Trassen als auch der Liegenschaften und Anlagen; bei einer Aus- und Neugliederung der Eisenbahninfrastruktur des Bundes die Voraussetzungen dafür zu prüfen, ob ein eigenständiges Infrastrukturunternehmen die Liegenschaften und Immobilien, über die derzeit die DB AG verfügt, die Bundesgelder für den Aus- und Neubau der Bundesschienenwege, den Erlös aus der Nutzung der Bundesschienenwege (Trassengelder) und den Erlös aus Veräußerungen von Unternehmensteilen der DB AG im Ausland, vereinnahmen und bilanzieren kann, damit den etwa 15 Mrd. Euro Schulden, die dieses Unternehmen unter Umständen von der DB AG übernehmen muss, Vermögenswerte und Einnahmen gegenüberstehen; die Voraussetzungen dafür zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit den Ländern bestimmte Fernzüge des Personenverkehrs gegen Entgelt bestellt werden können und wie mit dem Schienengüterverkehrsunternehmen DB-Railion als Vorreiter der rapide steigende Transportbedarf stärker nach ökologischen Gesichtspunkten ausgerichtet werden kann.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/3801 in seiner 43. Sitzung am 17. Januar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 17. Januar 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 16/3801 in seiner 28. Sitzung am 17. Januar 2007 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte, mit dem Antrag werde angestrebt, hinter den Stand zurückzugehen, welcher durch die Bahnreform erreicht worden sei. Sie strebe hingegen an, mit einer Kapitalprivatisierung der Deutsche Bahn AG die dritte Stufe der Bahnreform zu realisieren. Daher lehne sie den Antrag ab.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, was mit dem Antrag angestrebt werde, sei der falsche Weg. Von dem dort geforderten Modell habe man sich in der Diskussion bereits seit langem verabschiedet. Der Antrag laufe darauf hinaus, zu den alten Strukturen der Bundesbahn bzw. Reichsbahn zurückzukehren. Diese Strukturen seien aber überhaupt nicht zukunftsfähig.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, der Antrag bedeute einen Schritt zurück in die Zeit vor der Bahnreform. Dies könne nicht unterstützt werden. Der Antrag fordere eine Organisationsstruktur für das Schienenwesen, welche bis zur Bahnreform gerade Probleme verursacht habe. Aber auch das bisherige Konzept der Koalitionsfraktionen zur Privatisierung der Bahn sei ungeeignet.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, sie halte eine Kapitalprivatisierung der Deutsche Bahn AG für einen falschen Weg. Die Bahn müsse vorrangig das Ziel verfolgen, das Schienennetz in Deutschland zukunftsfähig zu gestalten und mehr Menschen und Güter auf der Schiene zu befördern. Um dies zu gewährleisten, schlage man das in dem Antrag beschriebene Organisationsmodell vor.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, der Antrag sei sehr unbestimmt. Er beinhalte zwar einige zutreffende Fragen zur Gestaltung von Infrastruktur, mache aber keinen Gestaltungsvorschlag. Zudem fordere der Antrag eine Rückkehr zu alten Strukturen, aber alle Probleme, die er beklage, hätten auch bereits in diesen alten Strukturen bestanden.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/3801.

Berlin, den 17. Januar 2007

Enak Ferlemann
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333